

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

348

Trennte Antworten Frankreichs und Belgiens.

„Wichtige Differenzen in Detailfragen.“ Wichtigster Punkt Belgiens. — Abjendung der französischen Antwort Anfang nächster Woche.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 26. Juli.

Die beiden Regierungen an die gefristete Unterredung mit dem belgischen Gesandten, daß der Zweck dieser Unterredung die Abjendung der französischen Antwort Anfang nächster Woche ist. Sie bemühen sich, die beiden Regierungen auf eine gemeinsame Ausgangspunkt zu bringen. Sie bemühen sich, die beiden Regierungen auf eine gemeinsame Ausgangspunkt zu bringen. Sie bemühen sich, die beiden Regierungen auf eine gemeinsame Ausgangspunkt zu bringen.

Englische Meldungen über die Stimmung in Brüssel.

Keine Konzessionen Poincarés in der Frage des passiven Widerstandes. — Der neue Sturz der Marx.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 26. Juli.

Ueber den Stand der französisch-englischen Verhandlungen liegen hier nur Meldungen aus Paris und Brüssel vor, denn in London wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Der Mittelpunkt der politischen Verhandlungen liegt jetzt, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, in Brüssel, wo der französische Botschafter vorbereitende Unterhandlungen mit den belgischen Ministern führt. Trotz aller Geheimhaltung sei aber so viel über die Ansicht Poincarés durchgedrungen, daß dieser in der Frage des passiven Widerstandes nicht die geringsten Konzessionen machen werde und daß hierin die Belgier bei ihrem Wort gehalten werden. sich in der Frage des passiven Widerstandes nach Frankreich zu richten. Versprechungen über etwaige Gegenleistungen für die Aufgabe des passiven Widerstandes kämen für Poincaré nicht in Betracht. Ebenfalls sei er nicht bereit, eine ganz allgemeine Zusage über die künftige Gestaltung der Besetzung zu geben. Dagegen sei die belgische Regierung für die Ausarbeitung eines Räumungsplanes, nach dem das Ruhrgebiet in Etappen freigegeben werden solle. Frankreich wolle aber von einer baldigen und vollständigen Räumung des Ruhrgebietes nichts wissen, ebensowenig wie es die Kontrolle über die Pässe am Rhein und an der Ruhr (Eisenbahnen, Zölle, Bergwerke, Wälder) zu einem baldigen Zeitpunkt aufgeben wolle. Ferner wüßte Poincaré, daß Belgien mit ihm die Festsetzung einer endgültigen Reparationssumme verweigere. Bestenfalls werde er sich auf die Kompromißformel eines belgischen Staatsmannes einigen, daß die Sachverständigen Empfehlungen über die Höhe der Jahreszahlungen und die Zahlungsform vorbringen dürfen. Auch das Gutachten der Belgier in bezug auf die deutschen Garantien werde von Poincaré nicht sehr hoch eingeschätzt, und er bezweifle den Wert von Garantien, die sich nicht unmittelbar in der Hand befänden. Man werde hiernach verstehen, daß man hier bereits mit der Möglichkeit rechnet, daß Frankreich und Belgien eine verschiedene Antwort nach London schicken werden. Nach den „Daily News“ habe das belgische Kabinett in der Tat seine erste Schwierigkeiten zu überwinden. Es sei möglich, daß falls eine Vereinbarung zwischen Paris und London nicht zustande komme, dann Belgien eine eigene Initiative ergreifen werde und einen Appell an die Weltmeinung richten werde. Eine derartige Politik werde nach der Ansicht des Brüsseler Vertreters der „Daily News“ von mehreren belgischen Politikern begrüßt, die der Ansicht seien, daß hierdurch Belgiens moralische Stellung in Europa sehr gestärkt würde. Auf jeden Fall aber werde die französisch-belgische Antwort noch einige Tage auf sich warten lassen. Ebenso schreibt der Brüsseler Vertreter der „Times“, es werde noch einige Zeit vergehen, bevor die Antwort abgehandelt werden könne.

In einem Schreiben der industriellen Gruppe des Unterhauses an den Premierminister wird auf den ungeheuren Umfang der Arbeitslosigkeit hingewiesen. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt heute 1.900.000, wobei jedoch die halbbeschäftigten und die nicht registrierten Arbeiter nicht mitgerechnet werden. Bezeichnend sei, so heißt es in diesem Schreiben, daß die Arbeitslosenziffer vom Januar bis Juni um monatlich 50.000, im Juni aber nur um 8000 zurückgegangen sei, und daß die Zahl der halbbeschäftigten im Juni um 15.000 zugenommen habe. Die Besetzung der Ruhr habe anfänglich eine Belebung des Handels hervorgerufen, jetzt aber gehe es stark rückwärts. Die europäischen Märkte seien verschlossen, und zahlreiche Aufträge würden rückgängig gemacht. Wenn nicht sofort ganz drakonische Mittel ergriffen würden, so sei ein vierter Winter der Arbeitslosigkeit unermesslich, in dem man mindestens auf eineinhalb Millionen Arbeitslose rechnen müsse. Der Einfluß dieser Arbeitslosigkeit wirke auf die Moral der englischen Arbeiter geradezu vernichtend, denn die Arbeitslosigkeit zerstöre die Gewerkschaften. So sei die Mitgliederzahl einer einzigen Gewerkschaft vom Dezember 1920 bis Juni 1923 von 460.000 auf 290.000 Mitglieder gesunken. Die industrielle Gruppe schlägt zur Milderung der Arbeitslosigkeit die Elektrifizierung zahlreicher englischer Eisenbahnen, den Ausbau von Untergrundbahnen, Kanälen und Häfen vor.

Beschleunigter Zusammentritt des Reichstags?

Besprechung des Präsidenten Löbe mit den Parteiführern.

Angesichts der gegenwärtigen politischen Lage hatte Reichspräsident Löbe eine Besprechung mit dem Reichskanzler und den Führern der Reichstagsfraktionen, um die Frage einer früheren Einberufung des Reichstags zu erörtern. Obwohl Endgültiges noch nicht feststeht, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das Parlament im Laufe der nächsten Woche einberufen werden wird.

Wie wir hören, sind dem Reichskabinett die neuen Eisenverträge zugegangen, mit denen sich die Regierung in Kürze beschäftigen wird.

Ordonnanz 192.

Von unserem Sonderkorrespondenten

Paul Scheffer.

Im Ruhrgebiet, 25. Juli.

Die hohe Rheinlandkommission hat das ihr unterstellte Gebiet mit Einschluß des Brückenkopfes Rehl, aber in einem anderen Sinne auch ganz Europa mit einer Ordonnanz beglückt, die eine Erlösung ist. In dieser Ordonnanz ist nämlich in aller Deutlichkeit jede, aber auch jede Rücksicht auf die Grundfälle fallen gelassen, die einen Rechtszustand begründen könnten. Selbst der Form nach ist das juristisch mögliche vollkommen ignoriert und damit das moralisch unmögliche als Zweck dieser Ordonnanz feierlich verkündet. Wir wollen uns konkreter ausdrücken: in jener hohen Kommission oder anderswo ist jemand auf die Idee gekommen, man könne alle bisherigen und zukünftigen Ordonnanzen, Reglements usw., sogar einzelne Befehle dadurch rechtsverbindlich für diejenigen machen, an die sie gerichtet werden, daß eine neue Ordonnanz erlassen wird, die es befreit, daß diese Vorschriften „besritten werden“. „Strafbar macht sich“, erklärt § 1 des Artikels 1 der Ordonnanz 192, „wer den rechtsverbindlichen Charakter einer Ordonnanz der hohen Kommission befreit, ebenso eines Reglements oder eines Befehls (ordre), dierelassen sind auf Grund einer Ordonnanz durch die hohe interalliierte Kommission oder durch die berechtigten Vertreter der durch die hohe Kommission geschaffenen Kommissionen, sei es, daß sie öffentlich durch die Presse besritten werden, sei es durch Broschüren oder sonstige, sei es durch mündliche Darstellungen oder schriftliche, die bestimmt sind, öffentlich oder geheim der Bevölkerung oder den Beamten und Angestellten der öffentlichen Dienste oder Verbände oder irgend welcher Gruppierungen oder Vereinigungen mitgeteilt zu werden.“ Das heißt also, daß es nicht nur strafbar ist, den Ordonnanzen oder anderen Befehlsarten der hohen Kommission zuwiderhandeln, sondern es ist auch strafbar, es öffentlich und sogar unter gewissen Umständen im geheimen zu diskutieren, ob diese Ordonnanz oder dieser Befehl zu Recht besteht. Nehmen wir einen Fall an, den ja auch § 1 der Ordonnanz 192 ausdrücklich in Betracht zieht, daß nämlich ein Kreisbelegierter etwa in Trier auf Grund einer Ordonnanz einen Befehl ausfertigt, der in offenbarem Widerspruch zu der Willenserklärung der hohen Kommission steht und der der Bürgermeister, es gibt ihn wahrheitlich nicht mehr, also kein Vertreter in der zweiten oder dritten Generation den obligatorischen Charakter des Befehls befreit, so macht sich dieser Bürgermeister allein dadurch strafbar (bis zu fünf Jahren Gefängnis, Geldstrafen usw.), obgleich ihm die hohe Kommission selbst sachlich Recht geben würde. Diese Absurdität ist von dem fanatischen, juristisch augenscheinlich ganz ungebildeten Verfasser des Opus 192 nicht in Betracht gezogen worden, oder neben dem Hauptziel der Ordonnanz ist ihm diese, die humoristische Konsequenz seines Erlasses „unerheblich“ erschienen. Was er gemacht hat, ist die Proklamation der Unfehlbarkeit der hohen gesetzgebenden Behörden. In der Tat, diese Ordonnanz macht den Anspruch, daß die hohe Kommission nichts tun konnte, was das Recht, das geschriebene oder ungeschriebene, der sieben Millionen Deutschen verletzen oder an ihm scheitern könnte. Die Rechtsqualität nicht nur der grundlegenden Ordonnanzen, sondern aller auf sie gestützten Verfügungen wird durch 192 als indiskutabel bezeichnet. Diesen sieben Millionen Menschen wird ausdrücklich, feierlich und unter Androhung schwerster Strafen das Recht genommen, auch nur mit einem Wort für ihr Recht einzutreten: „quiconque conteste le caractère obligatoire des ordonnances... es genügt, daß ein Rheinländer, ein Wälsler sagt, daß er eine Ordonnanz für unrechtmäßig hält, nicht etwa daß er erklärt, ihr nicht gehorchen zu wollen, allein die Verbreitung ihrer Rechtsmäßigkeit, die genügt! Der Artikel 1 ist so abgefaßt, daß selbst ein Verteidiger vor einem Militärgericht, welcher die Völkerrechtswidrigkeit einer Ordonnanz darlegt, als im Konflikt mit Ordonnanz 192 befindlich angesehen werden kann. Er legt z. B. dar, daß eine Okkupationsarmee nur in bestimmten, durch das Interdikt der Truppen gezogenen Grenzen in das Wirtschaftsleben des okkupierten Gebietes eingreifen darf, und daß ein General durch einen bestimmten Befehl diese Grenze überschritten hat. Durch diese öffentliche Darlegung vor Gericht befreit sich automatisch die Schuld des Angeklagten auf den Verteidiger aus! Der Verteidiger wird der Complice des Angeklagten, indem er ihn mit juristischen Gründen verteidigt, die im Augenblick in der ganzen Welt von seinen Berufsgenossen diskutiert werden.

Das sind einige praktische Konsequenzen dieser plumpesten, brutalsten Maulkorbverordnung, die die Welt je gesehen hat. Ich spreche im Superlativ, damit auch diejenigen, die diesen Superlativ für übertrieben halten, dabei sehen, in welche Gesellschaft sie die Ordonnanz 192 immerhin rücken müssen, um recht zu behalten mit der Behauptung, daß es noch skandalösere, noch gefährlichere Veruche zugunsten eines Gewaltrechts gegeben hat. Mit dieser Ordonnanz, einem rein französischen Produkt, verlinkt das Frankreich des achtzehnten Jahrhunderts, das Frankreich Montesquieus, Voltaires und Mirabeaus und der großen Revolution, das Frankreich, das noch über ein Jahrhundert seine Epigonen in das glänzende Licht geleuchtet hat. Das helle und freie, von der Idee des Menschenrechts erfüllte Frankreich wird von der Aera Poincaré verflungen. Was macht die Ordonnanz 192 dem braven Bourgeois aller Stufen in Frankreich heute aus? Sicher hat er keine Ahnung, daß sie existiert. Aber er würde erschrecken, wenn er sähe, wie weit schon die historische Schan-

de Paris“ schreibt, wenn irgend jemand aus dem beiden Regierungen, in London eine getrennte Antwort abschließen sollte, daß die belgische und französische einander abwechseln, so werde die Enttäuschung ein. Der beste Gegenbeweis sei die Tatsache, daß die maré, Thémis und Japar ihre persönliche Aussprache verweigert hätten. Dieser Beweis ist nun gerade nichts schlüssig, zumal der „Temps“ und andere Blätter für auch dieser Aussprache bereits sehr wesentlich abgeklärungen abgegeben haben dahingehend, daß der Versuch, den englischen und französischen untereinander näherzubringen, vorläufig als aussichtslos aufgegeben habe. „L’opinion“ glaubt zu wissen, daß die belgische Regierung im Hinblick auf die Ruhrfrage gemäß den früheren gemeinsamen belgisch-französischen Erklärungen dahin formulieren keine Räumung des als Pfand dienenden ne betreten erfolgen könne, ohne vorherige effektive Zusage Deutschlands, und daß zweitens keine neuen Verhandlungen mit Deutschland stattfinden dürften, ohne die Einstellung des passiven Widerstandes. Weiterhin werde die belgische Regierung in London täglich den Wunsch ausdrücken, daß die gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland nichts sei, was als eine Kapitulation oder als ein andel gedeutet werden könnte. Diese Formel eine recht bedeutende Abweichung von der bisherigen Meinung auf. Denn bisher hat man, in Paris wenigstens, nicht vertreten, daß die Besetzung der Ruhr ausrichtend müsse, bis der letzte Pfennig der Reparationen beider aus Brüssel kommende Meldung des „Deutres“ wird Standpunkt in der Ruhrfrage wie folgt präzisiert: Die Regierung wüßte, daß die Zurückziehung der aus dem Ruhrgebiet so schnell wie möglich. Sie stelle jedoch die Bedingung, daß Deutschland die Ideen anerkenne und Garantien für die gebe, die den im belgischen Reparationsplan aufgestellten nun mindere gleichwertig erscheinen. Endlich müsse in das in Aussicht genommene Ueberwachungsband in der Uebergabe gewisser Einnahmen das Regime einwilligen.

der Meinungsunterschied zwischen Paris und Brüssel einem vorläufigen Abschluß gekommen zu sein scheint. In der Anwendung der französischen Antwort auf die in den Dokumenten kein Hindernis mehr im Wege sein. Es ist jedoch keineswegs so eilig damit zu haben, und es ist überflüssig, daß er das Weisend auf seinem Landgut bei h zu verbringen gedente, und daß infolgedessen die französische Regierung erst Anfang kommenden Woche fertig gelte. „Echo de Paris“ will außerdem wissen, daß die Regierung in ihrer Antwortnote eine ganze Reihe anderer Fragen an die englische Regierung stellen werde. Paris, 26. Juli. (M. T. W.) „L’opinion“ erfährt aus London, die Vorgänge in Breslau hätten dort einen sehr tiefen Eindruck gemacht. In einer zunehmenden Antipathie der öffentlichen Meinung gegen die französische Politik zum Ausdruck werde unmittelbar dafür verantwortlich gemacht. Man frage die Bemühungen der englischen Regierung nicht zu spät. Es sei also nicht überraschend, wenn diese darauf von den alliierten Regierungen eine rasche Antwort zu erhalten. Wenn nicht vor den öffentlichen eine Erklärung abgegeben werde, mehr als wahrscheinlich, daß das Kabinett Baldwin in der sehr schwierigen Lage befinden würde gegenüber der öffentlichen Meinung, die sich mit Sorge frage, ob keine Gefahr einer industriellen Erholung vor den Winter drohe.